

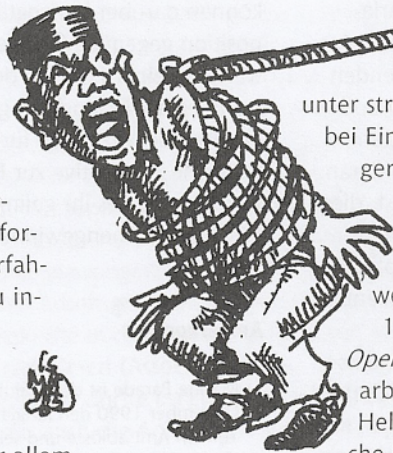
# 100 Jahre Gefängnis – ohne vorherigen Prozess

## Frühere Inhaftierte fordern Abschaffung des ISA in Singapur

**Am 19. September 2011 forderten sechzehn ehemalige Inhaftierte, die auf Grundlage des ISA in Haft genommen wurden, die Abschaffung dieses Gesetzes. Insgesamt haben sie eine über 100-jährige Gefängnisstrafe verbüßt – ohne vorherigen Prozess.**

Der Stadtstaat Singapur verfügt, wie das Nachbarland Malaysia, mit dem *Internal Security Act* (ISA) über ein Gesetz, das es den Regierungen ermöglicht, Personen auch ohne formelle Anklage und Strafverfahren für bis zu zwei Jahre zu inhaftieren. Das Gesetz stammt noch aus der Zeit britischer Kolonialherrschaft und diente nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem der Bekämpfung einer kommunistischen Guerilla. Aber auch nach Beendigung der so genannten *Emergency*-Phase blieb das Gesetz in mittlerweile modifizierter Form in Kraft und kam in Singapur vor allem gegen eine – zumeist vermeintliche – linke Opposition zum Einsatz.

Der berühmteste Fall ist sicherlich die Verhaftung von 117 Mitgliedern verschiedener Oppositionsparteien und Gewerkschaften im Jahr 1963, die unter dem Namen *Operation Cold Store* bekannt wurde. Viele der damals Inhaftierten blieben für bis zu 17 Jahren unter den Bestimmungen des ISA ohne Anklage und Gerichtsverfahren in Haft. Drei Jahre später wurde mit Chia Thye Poh ein weiteres Mitglied der einstmals wichtigen Oppositionspartei Barisan Sosialis unter den Bestimmungen des ISA verhaftet. Chia blieb 32 Jahre in



Haft, die letzten Jahre davon unter strengem Hausarrest und bei Einschränkung seiner bürgerlichen Rechte, und zählt damit zu einem der am längsten inhaftierten politischen Gefangenen weltweit.

1987 wurden in einer *Operation Spectrum* 22 Mitarbeiter und ehrenamtliche Helfer der Katholischen Kirche in Singapur unter Anwendung des ISA verhaftet, denen die Unterstützung einer marxistischen Verschwörung zum Sturz der Regierung vorgeworfen wurde. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ist das ISA fast ausnahmslos gegen vermeintliche islamistische Terroristen und Unterstützer islamischer Organisationen angewendet worden.

Nachdem die Regierung Malaysias jüngst eine Überprüfung der bestehenden ISA-Praxis angekündigt hat, haben sich 16 ehemalige Häftlinge, die auf Grundlage des ISA in Haft genommen worden waren, in einem offenen Brief, den wir im Folgenden in einer Übersetzung dokumentieren, an die Regierung Singapurs gewendet und für eine solche Überprüfung auch im Stadtstaat geworben.

Das Innenministerium hat – wie nicht anders zu erwarten –

die Forderungen der 16 Unterzeichner des Aufrufs als unbegründet abgewiesen und noch einmal darauf hingewiesen, dass das ISA zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit in Singapur unerlässlich bleibt und der Regierung nur so ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, um gegen extremistische Bestrebungen im Stadtstaat vorzugehen. Ein Sprecher des Ministeriums sagte, die Unterzeichner der Erklärung wären seinerzeit nicht aufgrund ihrer politischen Überzeugung verhaftet worden, sondern weil sie nachweislich an Aktionen beteiligt waren, die einem »kommunistischen« Umsturz dienen sollten. Gegen die Unterzeichner, von denen einige im Rahmen der *Operation Cold Store*, andere Ende der 1980er Jahre inhaftiert worden waren, war allerdings nie Anklage erhoben oder ein Gerichtsverfahren angestrengt worden, die diese Anschuldigungen zur Grundlage gehabt hätten.



**Presseerklärung der früheren ISA-Häftlinge vom 19. September 2011**

»Wir begrüßen die Entscheidung des malaysischen Premierministers Najib Razak, das Gesetz zur Inneren Sicherheit (*Internal Security Act: ISA*) und die Dringlichkeitsverordnung aufzuheben. In seiner Begründung gab Razak an, dass er »eine moderne, reife und funktionie-

rende Demokratie aufbauen möchte, in der weiterhin die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wird, zusätzliche Grundrechte geschaffen werden und die Eintracht zwischen den verschiedenen ethnischen Bevölkerungsschichten erhalten bleibt.« Wir sehen der Umsetzung dieses Versprechens mit großem Interesse entgegen.

Singapur übernahm das ISA vor mehr als 50 Jahren von Malaysia. Die Auswirkungen dieses Gesetzes auf die Bevölkerung sind verheerend. Ursprünglich wurde es 1948, kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als Notstandsverordnung während der britischen Kolonialzeit genutzt, um antikoloniale Bestrebungen zu beenden. 1955 trat das Gesetz zur Aufrechterhaltung der Öffentlichen Sicherheit, das eine Notstandsverordnung enthielt, in Kraft. Als Singapur 1963 der Föderation Malaysia beitrug, wurde Malayas Gesetz zur Inneren Sicherheit von 1960 ebenfalls zu einem festen Bestandteil der Gesetzgebung Singapurs.

Das Innenministerium gibt an, dass in Singapur »eine Person, die auf Grundlage des ISA in Haft genommen wurde, bis zu 30 Tage in Untersuchungshaft gehalten werden kann. Nach Ablauf dieser 30 Tage muss eine Haftanordnung erteilt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, muss die Person bedingungslos freigelassen werden. In Malaysia beträgt die Dauer der Untersuchungshaft bis zu 60 Tage [...]« (Straits Times, 17. September 2011).

Dieser Vergleich ist jedoch völlig irrelevant, da in Singapur im Gegensatz zu Malaysia politische Gefangene für weitaus längere Zeiträume inhaftiert worden sind. Dr. Chia Thye Poh wurde für 26 Jahre, Dr. Lim Hock Siew für 20 Jahre, Mr. Lee Tee Tong für 18 Jah-

re und Dr. Poh Soo Kai und Inche Said Zahari für jeweils 17 Jahre in Haft genommen.

Das Ministerium gibt weiterhin an, dass ein Beratungsausschuss zum Schutz gegen Missbrauch des ISA besteht. Der durch den Beratungsausschuss gewährte Schutz ist jedoch hypothetisch und trügerisch. Einige von uns sind von einem solchen Ausschuss befragt worden und können daher bestätigen, dass von dem Ausschuss keine Zeugen und Beweise untersucht wurden. Im Jahr 1987 dauerte die Befragung durch den Ausschuss durchschnittlich nicht länger als fünf Minuten. Zusätzlich rieten Beamte des ISD (Internal Security Department) vielen Inhaftierten, nicht vor den Ausschuss zu treten, da dies ihre Chancen auf eine vorzeitige Entlassung verringern würde.

Singapur verfügt über zahlreiche Richtlinien gegen Terrorismus, wie beispielsweise das Strafgesetzbuch, das Sedition Act, das Corrosive and Explosive Substances and Offensive Weapons Act, das Vandalism Act und, seit dem 11. September 2001, eine umfassende Anti-Terrorismus-Gesetzgebung. Diese Gesetze beinhalten strenge Strafen, einschließlich der Todesstrafe, lebenslanger Inhaftierung und Prügelstrafe.

1991 wurde Lee Hsien Loong, zu diesem Zeitpunkt Stellvertretender Premierminister, von sieben malaysischen Journalisten gefragt, ob das ISA immer noch von Nöten sei, jetzt, wo die Kommunistische Partei Malaysia

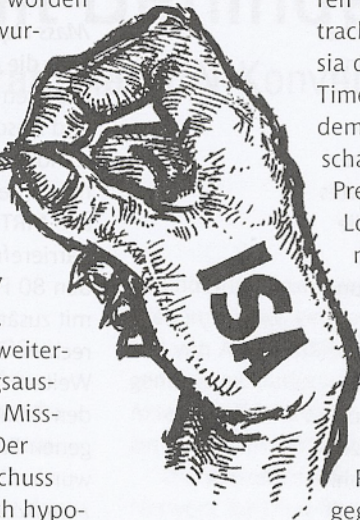
keine Bedrohung mehr für Singapur darstelle. Damals antwortete er, dass »Singapur die Abschaffung des Gesetzes zur Inneren Sicherheit ernsthaft in Betracht ziehen wird, sollte Malaysia dies ebenfalls tun.« (Strait Times, 3. Februar 1991). Nachdem Malaysia das ISA abgeschafft hat, ersuchen wir daher Premierminister Lee Hsien Loong, seine 1991 abgegebene Presseerklärung in die Tat umzusetzen und die Forderung der Singapurer nach einer reifen und funktionierenden Demokratie zu erfüllen. Unbegrenzte Inhaftierungen ohne vorherigen Prozess stellen einen Affront gegenüber der Menschenrechte dar und sind eine Diskreditierung unseres Rechtssystems.«

Singapur, 19. September 2011

**Unterzeichner:**

**Dr. Lim Hock Siew, Dr. Poh Soo Kai, Said Zahari, Lee Tee Tong, Loh Miaw Gong, Chng Min Oh @ Chuang Men-Hu, Tan Sin alias Tan Seng Hin, Toh Ching Kee, Koh Kay Yew, Vincent Cheng Kim Chuan, Teo Soh Lung, Yap Hon Ngian, Tan Tee Seng, Low Yit Leng, Wong Souk Yee, Tang Fong Har**

Übersetzung aus dem Englischen von Anja Turner, mit Vorwort von Rolf Jordan.



dokumentation

singapur